

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Politischer Protest und Radikalisierung

(WZB-ProtestMonitoring)

Swen Hutter, Eylem Kanol, Daniel Saldivia Gonzatti, Lennart Schürmann, Teresa Völker,
Ruud Koopmans

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Das ProtestMonitoring am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) untersucht anhand eines systematischen Monitorings die deutsche Protestlandschaft und ihre Radikalisierungsdynamiken. Dabei werden verschiedene Protestforderungen und -formen – von Petitionen über Demonstrationen bis hin zu politischer Gewalt – im Zeitverlauf vergleichend analysiert. Ein breites Protestverständnis ermöglicht es uns, integrale Radikalisierungsprozesse nachzuvollziehen. In diesem Jahr fokussieren wir unsere Darstellung im MOTRA-Monitor auf zwei Teilprojekte: die Protestereignisanalyse und die Profilanalyse extremistischer Akteure. Konkret präsentieren wir die historische Entwicklung der deutschen Protestlandschaft von 1950 bis 2022 anhand von neuen und international einzigartigen Protestdaten. Darüber hinaus konzentriert sich das ProtestMonitoring auf aktuelle Dynamiken seit 2019. Vor diesem Hintergrund stellen wir für das Jahr 2022 eine Normalisierung im Sinne einer starken Re-Mobilisierung der Anzahl der Protestierenden und einer De-Radikalisierung der Protestformen im Vergleich zu den pandemischen Jahren 2020 und 2021 fest. Gleichzeitig kam es zu einer verstärkenden Internationalisierung der Protestforderungen im Kontext des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und anderer internationalen Themen. Ein weiterer Schwerpunkt der Analyse des Protestgeschehens widmet sich der Frage, warum der sogenannte „Heiße Herbst“ 2022 nicht stattgefunden hat. Die Profilanalyse extremistischer Akteure präsentiert vergleichende Befunde zu den Biografien von über 890 rechtsextremen und islamistischen Straftäter*innen. Die Ergebnisse zeigen, dass soziale und organisatorische Netzwerke eine zentrale Rolle bei der Radikalisierung in beiden Phänomenbereichen spielen, während die häufig als „einsame Wölfe“ bezeichneten Extremist*innen ohne enge Einbindung in Netzwerke kaum zu beobachten sind. Zudem zeigt sich, dass islamistische Extremist*innen in Deutschland im Durchschnitt nicht weniger gebildet sind als die Vergleichsgruppe. Dies steht im Gegensatz zu den Befunden im Bereich des Rechtsextremismus.

Stichworte

Protest | Mobilisierung | Radikalisierung |
 extremistische Akteure | Protestereignisanalyse | Profilanalyse



Ausgewählte Befunde der Protestereignisanalyse

Proteste haben in Deutschland eine lange Tradition. Seit Gründung der Bundesrepublik gab es kontinuierlich Mobilisierung in Form von Straßenprotesten und anderen unkonventionellen Aktionsformen. Ziel des WZB-ProtestMonitorings ist es, diese Dynamiken im Längsschnitt zu vergleichen. Über die Protestgeschichte hinaus ist es wichtig, das aktuelle Protestgeschehen in den historischen Kontext einzubetten, um aktuelle Entwicklungen richtig einordnen zu können. So kann untersucht werden, was „viel Protest“ heute im Vergleich zu den 1970er-Jahren bedeutet, welche thematischen Schwerpunkte die Protestlandschaft der 2020er-Jahre dominieren, oder wie sich Radikalisierungstendenzen über die Jahrzehnte hinweg abzeichnen.

Im Folgenden geben wir einen Einblick in unser kontinuierliches Protest-Monitoring, das den Zeitraum von 1950 bis 2022 abdeckt. Zunächst beschreiben wir kurz die Methode der Protestdatensammlung. Danach blicken wir auf 73 Jahre Protestgeschehen in Deutschland zurück und beleuchten aktuelle Entwicklungen im Jahr 2022. Hierauf aufbauend werden wir uns genauer mit dem Jahr 2022 befassen und betten dessen Protestgeschehen in den Kontext der (pandemischen) Jahre seit 2019 ein.

Unserem ProtestMonitoring liegt die Methodik der Protestereignisanalyse zugrunde, eine etablierte Methode der Sozial- und Politikwissenschaften, die einzelne Protestereignisse erfasst. Dabei werden Proteste als kollektive Aktionen von nicht-staatlichen Akteuren definiert, die Widerspruch auf Grundlage eines gesellschaftlich-politischen Ziels äußern (Rucht et al., 1992, S. 4). Für die Ereignissammlung eignen sich überregionale Tageszeitungen (Süddeutsche Zeitung, taz) als Quelle, da sie trotz ihrer selektiven Berichterstattung reliable Informationen für vergleichende Analysen von Protestdynamiken anbieten (Earl et al., 2004; Ortiz et al., 2005). Dabei werden unter anderem Informationen zu Zeit, Ort, Akteuren, Adressat*innen, Protestform und -forderungen erhoben. Zusätzlich unterscheiden wir verschiedene Protestformen, um Radikalisierung im Aktionsrepertoire zu untersuchen. So differenzieren wir zwischen appellativen (unter anderem Petitionen), demonstrativen (unter anderem Demonstrationen und Kundgebungen), konfrontativen (unter anderem Blockaden und Besetzungen) und gewaltförmigen (unter anderem politisch motivierte Anschläge

und schwerwiegende Sachbeschädigung) Formen des Protests.¹ Um das kontinuierliche Protestmonitoring in Deutschland rückwirkend bis zur Gründung der Bundesrepublik im Längsschnitt verfolgbar zu machen, knüpfen wir an das Vorgängerprojekt ProDat an, das am WZB durch ein Team um Dieter Rucht Protestereignisse für den Zeitraum 1950 bis 2002 erhoben hat.² Die Verbindung beider Projekte erlaubt einen weltweit einzigartigen Längsschnitt zum Protestgeschehen eines Landes.

1.1 Zeitliche Dynamiken in der deutschen Protestlandschaft von 1950 bis 2022

Wie hat sich das Protestgeschehen in Deutschland seit 1950 entwickelt? Abbildung 1 liefert datenbasierte Antworten auf diese Frage. Aufgrund der Zeitungs- und Artikelauswahl und der somit inhärenten Verzerrungen lassen sich die Daten der Abbildung am besten als Tendenzen interpretieren. Diese können zwar keinen Anspruch auf Vollständigkeit aller Protestereignisse in Deutschland erheben, aber umfassen weitestgehend die medienwirksamen Proteste. Damit ist es möglich, langfristige Entwicklungen der deutschen Protestlandschaft über die Zeit abzubilden. In dieser Darstellung spiegelt die längsschnittliche Linie die Anzahl der Protestierenden in 10.000 pro Jahr wider. Die vertikalen Balken repräsentieren die absoluten Zahlen der Protestereignisse pro Jahr aufgegliedert nach der jeweiligen Protestform. Hierbei unterscheiden wir zwischen den drei Kategorien „demonstrativ“, „konfrontativ“, und „politischer Gewalt“.³

¹ Weitere methodische Details zur Datensammlung, text-analytischen Bearbeitung, maschinellen Vorhersagen und Kodierungen befinden sich in früheren Kapiteln des WZB-ProtestMonitorings in den MOTRA-Monitors 2020 und 2021 (Grande et al., 2021, 2022a).

² Aufgrund der Vergleichbarkeit der Daten sind wir hierbei an die Zeitungsauswahl und Kodier-Logik des ProDat Projektes gebunden. Dieser Logik folgend basieren die Ergebnisse der Längsschnittanalyse 1950–2022 auf der Kodierung der Montagsausgaben und jeder vierten Woche der Süddeutschen Zeitung.

³ Bei dieser Betrachtung haben wir appellative Protestformen, wie beispielsweise Petitionen, nicht mit einbezogen. Werden appellative Protestformen integriert, verändern sich die Zahlen der Teilnehmer*innen leicht, sodass beispielsweise die Spitze Anfang der 1980er-Jahre deutlich über die der 1950er-Jahre hinausreicht.

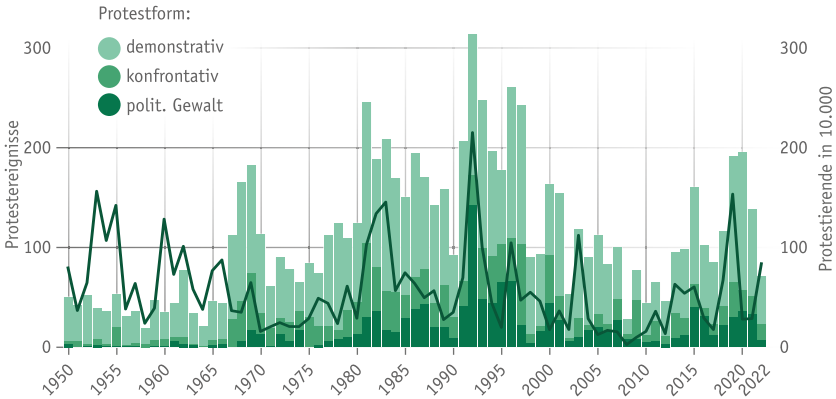


Abbildung 1: Dynamik des Protestgeschehens in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2022

Anmerkung: Die Balken visualisieren die Anzahl der absoluten Protestereignisse pro Jahr (linke y-Achse) und die Linie spiegelt die Anzahl der Protestierenden in 10.000 wider (rechte y-Achse).

Seit Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 gibt es ein kontinuierliches Protestaufkommen, welches den gesellschaftlichen Ereignissen der jeweiligen Zeit folgt. Von 1950 bis in die 1960er-Jahre bleibt die Anzahl der Proteste in Deutschland konstant auf einem relativ niedrigen Niveau, jedoch mit großen Teilnehmer*innenzahlen. Mobilisieren konnten Themen wie die Mitbestimmung in Betrieben, Widerstände gegen Wiederbewaffnung, aber auch Proteste gegen die Kontinuitäten des NS-Regimes (Baukloh, 2001, S. 7 ff.).

Die relativ moderate Anzahl der Protestereignisse ändert sich mit dem Entstehen der 1968er-Bewegung, welche den Beginn einer neuen Protestkultur in Deutschland darstellt. Hierbei spielen beispielsweise Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen, wie mehr Demokratie und Beteiligung, durch die Studierendenbewegung eine zentrale Rolle. Während die Anzahl der Protestereignisse im Zuge der 68er zwar stark zunimmt, schlägt sich dies aber nicht in deutlich höheren Teilnehmer*innenzahlen nieder (Neidhardt & Rucht, 2001, S. 35).

In den 1970er-Jahren zeigt sich eine gewisse Ruhephase im deutschen Protestgeschehen. Dies kann unter anderem auf politische und soziale Stabilisierungsprozesse nach den turbulenten Ereignissen der 1960er-Jahre zurückgeführt werden. Dennoch gab es kontinuierlich Protestaktionen,

insbesondere im Zusammenhang mit den Umwelt- und Frauenbewegungen. Die 1980er-Jahre sind geprägt von der Friedensbewegung und dem Protest gegen den sogenannten Nato-Doppelbeschluss (Neidhardt & Rucht, 2001, S. 34). Der Beschluss zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa führt zu massiven Protesten und einer breiten Mobilisierung der Bevölkerung gegen die atomare Aufrüstung. In diesem Zusammenhang wurde bereits im Jahre 1983 von einem „Heißen Herbst“ gesprochen.⁴

Zu Beginn der 1990er-Jahre verstärkt sich das Protestgeschehen in Deutschland nochmals. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung wurden neue Themen und Herausforderungen relevant. Proteste richteten sich verstärkt gegen soziale Ungerechtigkeiten, den Abbau von Arbeitsplätzen und Umweltprobleme. Zu dieser Zeit kommt es auch zu einem starken Anstieg politischer Gewalt durch rechtsextreme Akteure und einer starken Gegenmobilisierung (Koopmans, 2001, S. 108). Die 2000er-Jahre sind durch einen kontinuierlichen Rückgang des Protestvolumens gekennzeichnet. Dieser Trend fiel zusammen mit einer weltweiten Entwicklung hin zu restriktiveren Maßnahmen im Umgang mit Protesten, insbesondere nach den Terroranschlägen am 11. September 2001. Dennoch ergibt sich eine Spitze in der Teilnehmer*innenzahl 2003 als Reaktion auf den Zweiten Irak-Krieg.

In den 2010er Jahren zeichnet sich eine Wiederbelebung des Protestgeschehens ab – unter anderem die Nuklearkatastrophe in Fukushima 2011 und auch die Ereignisse rund um den Sommer der Migration 2015 führten zu hohen Teilnehmer*innenzahlen. Zudem verweisen unsere Daten auf den Anstieg von Protestereignissen und -teilnehmer*innen im Bereich des Umweltaktivismus, die auf die Dringlichkeit des Klimawandels und den Schutz der natürlichen Ressourcen aufmerksam machen. Herausstechend ist hier die Bewegung „Fridays for Future“, in welcher sich vor allem junge Menschen organisieren, um für eine nachhaltige Zukunft zu kämpfen, und hiermit zu einem Peak des Protestgeschehens im Jahr 2019 beitragen (Schürmann, 2023; Haunss & Sommer, 2020).

⁴ Im Jahre 1983 wird „Heißer Herbst“ zum Wort des Jahres gewählt und prägt die Titelseiten großer Tages- und Wochenzeitungen.

Die längsschnittliche Perspektive des ProtestMonitorings zeigt, wie dynamisch und vielfältig das Protestgeschehen über die bundesrepublikanische Geschichte verläuft. Dabei stellen wir fest, dass keine klare Konstante von Protest vorherrscht, sondern Mobilisierungs- und De-Mobilisierungsphasen aufeinanderfolgen. Mit Ausnahme der Proteste zum Irak-Krieg zeichnet sich der Beginn der 2000er Jahre durch geringe Mobilisierung aus. Im zweiten Jahrzehnt der 2000er wiederum entsteht eine neue Hochphase des Protests in Deutschland, die an die 1980er-Jahre in Bezug auf Anzahl der Ereignisse und Teilnahme erinnert. Somit befand sich die Protestarena vor den pandemischen Jahren erneut in einer Phase starker Mobilisierung.

Ab 2020 beeinflusst dann die COVID-19-Pandemie das Protestgeschehen in Deutschland und weltweit maßgeblich. Die Einschränkungen des öffentlichen Lebens und Versammlungsverbote führen zu einem deutlichen Rückgang der physischen Proteste. Stattdessen verlagerte sich der Protest verstärkt in den digitalen Raum, wo virtuelle Demonstrationen und Online-Kampagnen an Bedeutung gewannen (siehe Beitrag LMU Internetmonitoring: Schulze et al., 2023). Die Pandemie und die damit verbundenen Herausforderungen führten zu einer vorübergehenden Unterbrechung des vorherigen Trends. Vor diesem Hintergrund wenden wir uns nun dem vertieften ProtestMonitoring des Jahres 2022 zu.

1.2. Die Wiederbelebung der Protestlandschaft 2022: Normalisierung und Internationalisierung im Kontext des Ukraine-Krieges und des Klimawandels

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie das Jahr 2022 im Vergleich zu den Jahren seit 2019 und insbesondere im Vergleich zu den pandemiegeprägten Jahren in Bezug auf Protest einzuordnen ist. Welche Kontinuitäten und welche Unterschiede im Protestgeschehen stellt man 2022 im Vergleich zu den ersten zwei Pandemie Jahren fest? Setzen sich die Radikalisierungstendenzen der letzten Jahre fort? Welche thematischen Schwerpunkte dominieren die Proteste? Welche Auswirkungen hat der russische Angriffskrieg auf die Ukraine auf den Protest in Deutschland?

Für die tiefer gehende Analyse der Jahre 2019 bis 2022 stützen sich unsere Protestdaten ebenfalls auf die *Süddeutsche Zeitung*.⁵ Zusammengefasst stellen wir drei zentrale Dynamiken in der deutschen Protestlandschaft 2022 fest: eine Normalisierung bestehend aus einer Re-Mobilisierung im Sinne teilnehmerstarker Proteste und einer De-Radikalisierung des Aktionsrepertoires gepaart mit einer Internationalisierung der Protestforderungen.

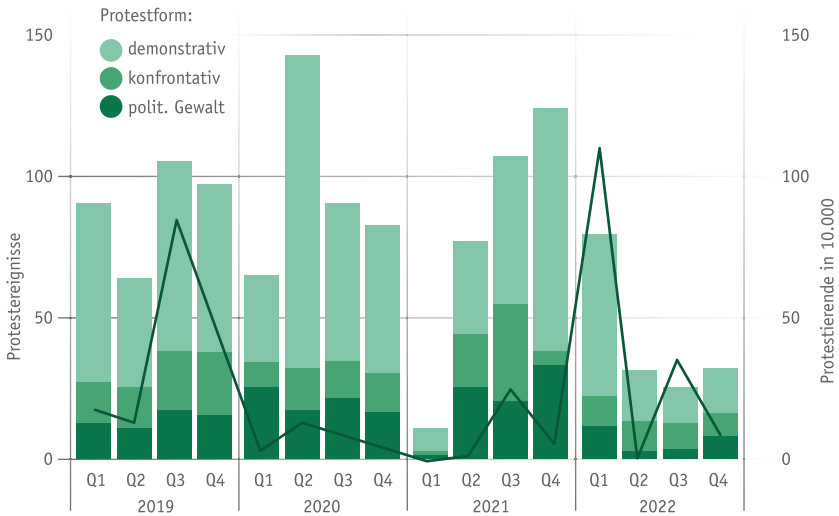


Abbildung 2: Proteste in Deutschland von 2019 bis 2022 im Vergleich

Das zentrale Merkmal des Protestgeschehens 2022 ist eine Wiederbelebung und Normalisierung im Vergleich zu den pandemischen Vorjahren 2020 und 2021. Während der Jahre 2020/2021 war das Protestgeschehen stark durch die Pandemie geprägt. Die Anzahl an Protestereignissen im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie blieb zwar konstant, die Anzahl der Protestierenden war während der Pandemie jedoch deutlich reduziert. Es fanden also viele, aber deutlich kleinere Proteste statt. Dieser Trend setzt sich bis zum Beginn des Jahres 2022 fort. So ist das Protestgeschehen im

⁵ Weiterführende Analysen mit einer zweiten Zeitungsquelle (*taz*, *die tageszeitung*) zeigen analoge Protestdynamiken über die Zeit, die zu den gleichen Schlussfolgerungen führen. Die Ähnlichkeit der Befunde aus den zwei Zeitungsquellen bestätigt die Stabilität der Ergebnisse und die Robustheit der Schlussfolgerungen trotz unterschiedlicher Berichterstattung.

Januar 2022 noch weitestgehend durch die sogenannten „Corona-Spaziergänge“ geprägt. Insgesamt haben über 75 Prozent der erfassten Proteste im Januar 2022 einen Corona-Bezug.

Mit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine, der zeitgleich mit der Überwindung der pandemischen Notlage zusammenfiel, verändert sich das Protestgeschehen in Deutschland deutlich. Vergleicht man die Teilnehmer*innenzahlen zwischen 2019 und 2022, stellt man eine starke Re-Mobilisierung der Protestlandschaft 2022 fest. Während in der Pandemie viele kleine Protestereignisse mit geringen Teilnehmer*innenzahlen stattgefunden haben, wendet sich das Protestgeschehen mit Beginn des Jahres 2022 wieder hin zu Großereignissen, die weite Teile der Bevölkerung mobilisieren. Die Anzahl der berichteten Ereignisse 2022 gleicht somit der Anzahl vom Anfang der 2010er-Jahre, wobei einzelne stark besuchte Straßendemonstrationen das Jahr der Klimaproteste 2019 in Erinnerung rufen. Insbesondere im Februar finden in vielen deutschen Städten Großdemonstrationen zum Ausdruck der Solidarität mit der Ukraine statt. Allein in Berlin sind Ende Februar laut Organisator*innen knapp 500.000 Menschen für den Frieden und gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf die Straße gegangen (vgl. Höltmann, Hutter & Rößler-Prokhorenko, 2022).

Das deutsche Protestgeschehen im ersten Jahr nach der Pandemie (2022) kennzeichnet auch eine deutliche De-Radikalisierung in der Form von weniger gewaltförmigen Protestereignissen. Verglichen mit den zwei pandemischen Jahren ist das ebenfalls eine bemerkenswerte Entwicklung. Relativ betrachtet zum jährlichen Protestaufkommen sinkt die Gewalttrate bei dem deutschen Protest von 21 Prozent im Jahr 2020 und 26 Prozent im Jahr 2021 auf 16 Prozent im Jahr 2022. Dies bedeutet eine deutliche Reduzierung der politischen Gewalttrate 2022 zum Vorjahr und eine Annäherung an die Zustände vor der Pandemie 2019 (18 Prozent). Die De-Radikalisierung der Protestlandschaft geht mit dem Normalisierungstrend durch die Rückkehr von Großdemonstrationen einher, so zeigt sich generell: Je größer Protestereignisse sind, desto wahrscheinlicher entwickeln sich diese in einer friedlichen Art und Weise (Rucht, 1998, S. 39).

In Kontrast zum Rückgang gewaltförmiger Protestformen verzeichnet das Jahr 2022 einen höheren relativen Anteil an konfrontativen Protesten. Jedes vierte Protestereignis lässt sich unter dem Begriff ziviler Ungehorsam

einordnen (26 Prozent). In den Vorjahren 2019, 2020 und 2021 lag der Anteil von konfrontativer Mobilisierung lediglich bei maximal 20 Prozent. Diese Entwicklung ist der Klimabewegung und besonders der Protestgruppe *Die Letzte Generation* zuzurechnen. Durch Straßenblockaden, Färbung von Gebäuden und Lebensmittelwürfe auf Kunstwerke prägte diese konfrontative Art der Klimaproteste die Berichterstattung und den politischen Diskurs. Zur Einordnung: 2022 hatten 73 Prozent der erfassten Klimaprotestereignisse einen konfrontativen Charakter – dieser Wert lag lediglich bei 28 Prozent im Klimaprotestjahr 2019. Diese Entwicklung innerhalb von vier Jahren verdeutlicht die Veränderungen innerhalb der deutschen Klima- und Umweltbewegungen. Es ist allerdings wichtig zu betonen, dass wir 2022 in unserem Monitoring kein einziges Protestereignis mit Klimaforderungen verzeichnen, in dem politische Gewalt gegen Menschen eingesetzt wurde.

Wie bereits oben beschrieben, haben zwar viele konfrontative Protestereignisse in diesem Jahr stattgefunden, allerdings haben sich vergleichsweise wenig Protestierende an diesen Aktionen beteiligt. Die zwei größten konfrontativen Events der Klimabewegung wurden von *Extinction Rebellion* und *Ende Gelände* im Sommer organisiert. Einmal beteiligten sich etwa 100 Menschen an einer symbolischen Aktion von *Extinction Rebellion* vor dem Bundesumweltministerium in Berlin. Ein weiteres Mal blockierten rund 300 Protestierende von *Ende Gelände* ein LNG-Terminal in der Nähe von Wilhelmshaven. Der größte erfasste Protest von *Die Letzte Generation* mobilisierte wiederum „nur“ 33 Menschen bei einer Kreuzungsblockade am Frankfurter Tor in Berlin in November 2022. Diese Beispiele verdeutlichen, wie die Bewegungsorganisation *Die Letzte Generation* trotz geringer Teilnahmeraten die mediale Agenda aufgrund ihrer konfrontativen Taktiken stark geprägt hat (zu deren Wirkungen auf die öffentliche Meinung siehe Saldivia Gonzatti et al., 2023).

Welche weiteren thematischen Schwerpunkte nebst Klima- und Umweltfragen setzen Protestierende auf den deutschen Straßen im Jahr 2022? Wie bereits erläutert, fanden die Corona-Proteste weiterhin Resonanz in der Bevölkerung, vor allem im Vorfeld zur Impfpflichtdebatte im Bundestag im Februar 2022. Ende Januar demonstrierten beispielsweise über 40.000 Menschen gegen die Corona-Politik der Ampel-Regierung vor allem auf den Straßen Bayerns, Sachsens und Baden-Württembergs. Nach Februar 2022 und nach dem Scheitern der Impfpflicht im Parlament flaute die Mobilisierung gegen Corona-Maßnahmen stark ab. Nur noch wenige

Protestereignisse mit geringen Teilnehmer*innenzahlen fanden im Sommer des vergangenen Jahres statt.

Im Jahr 2022 prägten vielmehr internationale Themen die deutsche Protestlandschaft. So haben die bereits erwähnten Solidaritätsdemonstrationen mit der Ukraine aufgrund des russischen Angriffskrieges große Menschenmassen mobilisiert. Zusätzlich zur erwähnten Berliner Demonstration mit einer halben Million Menschen solidarisierten sich ebenfalls Ende Februar 2022 im Rahmen einer Kundgebung am Rosenmontag 165.000 Kölner*innen mit der Ukraine. Im Herbst sorgten die systemkritischen Proteste im Iran für eine erneute Solidaritätsmobilisierung in Deutschland. Den Höhepunkt dieser Proteste bildete eine friedliche Demonstration am 22. Oktober mit rund 80.000 Teilnehmer*innen in den Straßen des Berliner Regierungsviertels, die Solidarität mit dem iranischen Widerstand und der Bewahrung der Menschenrechte vor Ort einforderte.

Als Folge des russischen Angriffskrieges kam es auch in Deutschland zu einer Energie- und Wirtschaftskrise, die dazu führte, dass wirtschaftliche Proteste mit Kriegsbezug – teils auch mit pro-russischen Parolen – und Anti-Regierungshaltung beschworen wurden. Im Sommer 2022 wurde daher ein „Heißer Herbst“ von Politiker*innen und von den Medien prognostiziert und befürchtet. Dieser blieb allerdings weitgehend aus, was auch unsere Daten bestätigen. Lediglich neun Prozent der von uns erfassten Protestereignisse im Jahr 2022 hatten einen Bezug zu *Inflation und Energiepolitik* oder beinhalteten pro-russische Forderungen bezogen auf den Krieg. In der zweiten Jahreshälfte fanden nur zwei erwähnenswerte Proteste statt. Am 8. Oktober 2022 mobilisierte die AfD einmalig bis zu 10.000 Protestierende vor dem Reichstag, um deutliche Kritik an der Energiepolitik der Ampel-Regierung zu äußern. Darüber hinaus versuchten Ende November Rechtsradikale zusammen mit der Bewegung *Querdenken* den Höhepunkt des „Heißen Herbstes“ auszurufen. Das Motto der Demonstration „Ami go home“ brachte allerdings lediglich 900 Menschen auf den Straßen Leipzigs zusammen.

Trotz einer generellen Normalisierung des Protestgeschehens im Jahr 2022 und großer Ankündigungen eines „Heißen Herbstes“ hat dieser letztlich nicht stattgefunden. Obwohl eine breite Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Energiepolitik der Regierung und mit den steigenden Lebenshaltungskosten auf der einen Seite und eine pro-russische

Verharmlosung des Krieges in einer kleinen Bevölkerungsgruppe auf der anderen Seite herrschten, zeigte sich dieser Unmut nicht wie erwartet auf den Straßen. Hierbei stellt sich die Frage, warum der „Heiße Herbst“ sich nicht materialisiert hat. Bestand tatsächlich kein Mobilisierungspotenzial für die Energie- und Lebenshaltungsproteste? Oder konnten gewisse Gruppen in der Bevölkerung einfach nicht erfolgreich mobilisiert werden? Im nächsten Abschnitt widmen wir uns dieser Frage anhand von Umfragedaten auf individueller Ebene.

→ MODULÜBERGREIFENDE PERSPEKTIVE

Modulübergreifende Perspektive aus dem MOTRA-Expert*innen-panel der Berghof Foundation und dem LMU-Internetmonitoring

Eine integrale Perspektive auf das Protestgeschehen ist notwendig, um ganzheitlich Radikalisierungsdynamiken verstehen zu können. Das ist ebenfalls das Verständnis im MOTRA-Verbund und zwischen den verschiedenen Verbundpartnern. Anhand der Synergien mit dem regionalen MOTRA-Expert*innenpanel der Berghof Foundation können wir zum Beispiel weitere komplementäre Erklärungen für das Ausbleiben des sogenannten „Heißen Herbst“ feststellen (siehe Beitrag BF Expert*innenbefragung: Glaser 2023 in diesem Band). Eine Kontinuität in der Teilnahme zentraler Corona-Protestakteure bei den Energie-Protesten führte zu einer Distanzierung vieler potenzieller Teilnehmer*innen. Dieser Zustand führte entsprechend nicht zur Entstehung und Mobilisierung eines neuen gesellschaftlichen Milieus bei den Energie-Protesten, auch wenn Bündnisse mit Corona- und rechtsradikalen Akteuren in der deutschen Protestlandschaft in den letzten Jahren enttabuisiert wurden (siehe auch Grande et al., 2022b).

Ergänzend zum ProtestMonitoring bietet die Perspektive der internen Kommunikation und Strategien von den mobilisierenden Akteuren eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang fand das Internetmonitoring der LMU heraus, dass die multiplen Krisen der letzten Jahre – Migration, Pandemie, Krieg, Energie- und Wirtschaftskrise – einheitliche mobilisierende Botschaften erschweren (siehe Beitrag des LMU Internetmonitoring: Schulze et al., 2023 in diesem Band). Das LMU Internetmonitoring stellte fest, dass themenspezifische Furchtreden in der Online-Kommunikation von zentralen Protestakteuren wie *Querdenken* und *QAnon* durch die Differenzierung der verschiedenen Krisen zu divers und nicht kohärent genug waren.

Diese Dynamik steht in Einklang mit unserem Befund zum Ausfall des „Heißen Herbst“ in der Protestlandschaft in Deutschland durch eine unerfolgreiche, nicht-stattgefundene Mobilisierung. Im folgenden Unterkapitel gehen wir anhand des WZB-ProtestMonitorings auf die individuellen Erklärungsgründe für das Ausbleiben des „Heißen Herbst“ ein.

1.3. Heißer Herbst oder heiße Luft? „Energie-Protteste“ in Deutschland 2022

Die oben vorgestellten Analysen zeigen deutlich, dass das Protestgeschehen in der zweiten Jahreshälfte 2022 trotz Ankündigung eines „Heißen Herbstes“ im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kaum zugenommen hat. Um zu untersuchen, weshalb sich die Ankündigungen eines neuerlichen „Heißen Herbstes“ nicht materialisiert haben, haben wir im Rahmen einer repräsentativen Umfragestudie zwischen dem 2. Dezember und 16. Dezember 2022 insgesamt 2.826 Menschen in Deutschland befragt. Hierbei ging es in erster Linie darum, die sozioökonomischen und politischen Determinanten der Teilnahmebereitschaft an den Energie-Protessen und des Verständnisses gegenüber den Protestierenden zu erfragen. Darüber hinaus untersuchten wir das Mobilisierungspotenzial der Energie-Protessen im Vergleich zu den Corona-Protessen. Wir nutzen ein Umfrageexperiment, um den kausalen Effekt von Protestaufrufen auf die Unterstützung der Protessen zu untersuchen. Insgesamt zeigt sich, dass weite Teile der deutschen Bevölkerung Verständnis für die Anliegen der Energie-Protessen hatten und es somit ein großes Mobilisierungspotenzial gab. Dieses hat sich aber nicht manifestiert, unter anderem da die Präsenz rechter Akteure wie der AfD abschreckend gewirkt hat.

Insgesamt gaben rund 30 Prozent der Befragten an, eher oder sehr wahrscheinlich an den Protessen teilnehmen zu wollen. Das heißt im Umkehrschluss, dass knapp 70 Prozent der Befragten angaben, sicher nicht oder eher nicht teilnehmen zu wollen (siehe Steinhilper et al., 2022). Eine solche Teilnahmebereitschaft an Protessen ist per se nichts Ungewöhnliches, da die Teilnahme an Protessen mit materiellen und immateriellen Kosten, wie Anfahrtskosten oder aufgewandter Zeit, verbunden ist. Im Gegensatz zu der geringen Teilnahmebereitschaft haben jedoch etwa 65 Prozent der Befragten viel oder sehr viel Verständnis für die Teilnehmenden der

Energie-Proteste geäußert. Insgesamt zeigt sich damit, dass eine deutliche Mehrheit der Befragten potenziell zum Mobilisierungspotenzial der Energie-Proteste gehört.

In der Frage nach dem Verständnis für die Energie-Proteste unterscheiden sich die beiden Gruppen (etwas/gar kein Verständnis und viel/sehr viel Verständnis) in ihren politischen Forderungen deutlich. Diejenigen, die viel Verständnis für die Energie-Proteste zeigten, stimmten im Vergleich zu denjenigen, die kein Verständnis hatten, vermehrt Forderungen zu, die tendenziell ökonomisch eher linken Positionen zugeordnet werden können. Dazu gehören beispielsweise die Einführung eines Gaspreisdeckels, Zuschüsse für Einkommensschwache und die Begrenzung von Mieterhöhungen. Im Gegensatz dazu lehnen die Verständnissvollen vermehrt Forderungen ab, die auf die Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen oder die unbegrenzte Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine abzielen. Die Verständnissvollen stimmen auch eher einer Rücknahme der Sanktionen gegen Russland, der Kürzung von Asylleistungen und einem Ende des Corona-Lockdowns zu.

Diese Ergebnisse zeigen, dass das Protestverständnis im Zusammenhang mit politischen Positionen steht. Diejenigen, die Verständnis für die Energie-Proteste zeigen, tendieren eher zu linken ökonomischen Forderungen, sind jedoch skeptischer gegenüber außenpolitischen und migrationsbezogenen Themen. In anderen Wörtern verorten sich die Verständnissvollen im rechten Spektrum der kulturellen Dimension. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu betonen, dass diese Ergebnisse kontextabhängig sind und sich auf den untersuchten Zeitraum im Dezember 2022 beziehen.

Im Rahmen der Untersuchung wurde auch eine detaillierte Analyse der politischen und sozioökonomischen Merkmale des Mobilisierungspotenzials durchgeführt. Die erste aufschlussreiche Erkenntnis ist, dass ein erhöhtes politisches Interesse zu einem größeren Verständnis für die Energie-Proteste führt und auch die Bereitschaft zur Teilnahme steigert. Personen, die ein starkes politisches Interesse zeigen, sind demnach eher geneigt, Protestaktionen zu unterstützen und sich aktiv daran zu beteiligen. Dies deckt sich mit vorangegangenen Studien der politischen Partizipationsforschung (Schussman & Soule, 2005). Darüber hinaus zeigt sich, dass Personen mit einem höheren Einkommen seltener an Energie-Protesten

teilnehmen würden. Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass die Teilnahme an Energie-Protestaktionen zu einem gewissen Maß durch die sozioökonomische Stellung beeinflusst wird.

Das geringste Mobilisierungspotenzial findet sich unter den Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen. Diese Gruppe zeigte weniger Verständnis für die Energie-Proteste und war auch weniger geneigt, daran teilzunehmen, im Vergleich zu fast allen anderen Wähler*innengruppen. Im Gegensatz dazu haben die Wähler*innen der CDU/CSU, der Linken und insbesondere der AfD vermehrt an Energie-Protesten teilgenommen und zeigen ein höheres Maß an Verständnis für die Protestaktionen. Diese parteiliche Zusammensetzung lässt sich durch den Oppositionsstatus dieser Parteien erklären. Oppositionsparteien tendieren dazu, häufiger als Regierungsparteien auf Proteste einzugehen (Hutter & Vliegenthart, 2018). Auch Nichtwähler*innen weisen ein höheres Maß an Mobilisierung auf, welches jedoch hinter dem der AfD-Wähler*innen zurückbleibt und in etwa dem der CDU/CSU-Wähler*innen entspricht.

Im nächsten Schritt wurde das Verständnis von Energie- und Corona-Protesten verglichen. In Hinblick auf das Verständnis gegenüber den Protestierenden zeigen sich deutliche Unterschiede. Während das Verständnis für die Energie-Proteste insgesamt recht hoch ist, ist das Verständnis für die Corona-Proteste deutlich niedriger. Über 65 Prozent der Befragten haben angegeben viel oder sehr viel Verständnis für die Energie-Proteste zu haben, während nur knapp 30 Prozent der Befragten viel oder sehr viel Verständnis für Corona-Proteste zeigen. Es bleibt eine offene Frage, ob das Verständnis für die Energie-Proteste auf die Dringlichkeit und Relevanz des Protestthemas zum Zeitpunkt der Befragung zurückzuführen ist. Das Verständnis für die Corona-Proteste blieb allerdings von 2020 bis 2022 auf einem stabilen Niveau im Bereich von 20 bis 30 Prozent, unabhängig von der pandemischen Lage und der parteipolitischen Zusammensetzung der Bundesregierung (Hunger et al., 2023). Das konstante Verständnis für die Corona-Proteste ließ sich in großen Teilen auf das geringe Vertrauen in die Institutionen der parlamentarischen Demokratie zurückführen.

Im Rahmen des WZB-ProtestMonitorings setzen wir auch auf experimentelle Methoden, die auf Umfragen basieren, um kausale Dynamiken und zugrunde liegende Mechanismen systematisch zu untersuchen.

Beispielsweise haben wir in einer gemeinsamen Studie mit der Universität Hamburg (UHH) ein Umfrageexperiment durchgeführt. Dabei untersuchen wir den Einfluss von Verschwörungstheorien auf die Verstärkung negativer Einstellungen gegenüber Außengruppen (siehe → **MODULÜBERGREIFENDE PERSPEKTIVE** der Universität Hamburg und des WZB auf S. 104). Im Kontext des „Heißen Herbstes“ haben wir anhand eines Umfrageexperiments überprüft, welche Proteste in der Energiekrise mobilisieren konnten. Den Befragten wurden verschiedene Aufrufe für Proteste angezeigt und sie konnten entscheiden, an welchem Protest sie eher teilnehmen würden. Hierbei wurden die Forderungen, die Organisation, die Beteiligung von Parteien und die Integration von populistischen Elementen variiert. Insgesamt zeigt sich, dass wirtschaftsbezogene Forderungen (egal ob von rechts oder links) mobilisieren, während kriegsbezogene Forderungen demobilisieren. Eine rechte Organisation der Proteste hat darüber hinaus auch demobilisierende Effekte, während eine linke Organisation keinen Einfluss auf die Teilnahmebereitschaft hat. Darüber hinaus sorgt auch die Beteiligung von Parteien (in diesem Fall wurden die DIE LINKE und die AfD variiert) für weniger Teilnahmebereitschaft. Insbesondere die Beteiligung der AfD demobilisiert deutlich stärker als die Beteiligung der Partei DIE LINKE.

Zusammengefasst zeigen die Umfragedaten, dass die Energie-Proteste ein großes Mobilisierungspotenzial hatten. Ein Großteil der Befragten zeigt Verständnis für die Energie-Proteste; dennoch bleibt die Teilnahmebereitschaft insgesamt gering. Insbesondere im Vergleich zu den Corona-Protesten ist das Verständnis für die Energie-Proteste deutlich höher. Hierbei zeigen sich die Verständnisvollen gegenüber den Energie-Protesten in ihren Forderungen ökonomisch eher links und kulturell tendenziell rechts. Insgesamt spiegelt sich dies auch in den Charakteristika des Mobilisierungspotenzials, wo die Grünen-Wähler*innenschaft am wenigsten und die AfD-Wähler*innenschaft am stärksten mobilisiert ist. Auf das einzelne Protestereignis bezogen, wirkt die Beteiligung von Parteien an den Protestaufrufen für die Teilnahmebereitschaft dennoch demobilisierend, insbesondere wenn die AfD mit zu einem Protest aufruft.

Anders formuliert deuten unsere Befunde darauf hin, dass das Mobilisierungspotenzial für einen „Heißen Herbst“ 2022 vorhanden war, sich aber auf der Straße nicht manifestiert hat. Eine zentrale Erklärung scheint, dass es an erfolgreich mobilisierenden Akteuren fehlte, die auf die

richtigen thematischen Forderungen setzten. Wie oben beschrieben setzte beispielsweise eine von rechten Akteuren und Corona-Skeptiker*innen organisierte Kundgebung in Leipzig Ende November 2022 auf kulturelle Forderungen mit anti-US imperialistischen und pro-russischen Positionen. Diese konnte aber nur 900 Teilnehmende mobilisieren. Unsere Ergebnisse im Umfrageexperiment zeigen hierzu, dass auf individueller Ebene stattdessen wirtschaftliche Themen mobilisiert hätten. Ebenfalls hat die Beteiligung politischer Parteien an Demonstrationsaufrufen negative Effekte auf die Mobilisierung. Insofern erklärt die große Ankündigung der AfD und der Partei Die LINKE, den „Heißen Herbst“ zu orchestrieren, teilweise, warum dieser ausgeblieben ist.

Ausgewählte Befunde der Profilanalyse: Rechtsextreme und islamistische Täter*innen im Vergleich

Neben der Analyse von Protestereignissen legt das WZB-ProtestMonitoring auch einen weiteren Forschungsschwerpunkt auf die Untersuchung individueller Radikalisierungsprozesse. Bei der Analyse werden Profile der extremen Akteure genauer in den Blick genommen, die sich radikalisiert haben. Außerdem werden die Organisationen und Netzwerke erfasst, die bei der Mobilisierung eine Rolle spielen. Die zentralen inhaltlichen Fragestellungen der Profilanalysen sind: Mit welchen sozialstrukturellen Merkmalen, Lebensverläufen und Gruppenzugehörigkeiten hängen Radikalisierungsprozesse von Individuen zusammen? Wie und wo radikalieren sie sich? Wie unterscheiden sich Prozesse der islamistischen Radikalisierung von jenen in anderen Phänomenbereichen? Um diese Fragen zu beantworten, werden biografische und soziodemografische Eigenschaften der islamistischen und rechtsextremistischen Akteure erhoben. Hierzu werden die Biografien der Extremist*innen anhand des kliometrischen Ansatzes („*cliometrics*“ auf Englisch) aus öffentlich-zugänglichen Quellen, wie zum Beispiel Zeitungen, Zeitschriften, Blogeinträge und Reportagen rekonstruiert. Zu den sozioökonomischen Merkmalen zählen der Bildungsstand, Erwerbsstatus und der soziale Status. Die biografischen Variablen umfassen die religiöse und politische Sozialisierung sowie mögliche Erfahrungen, die das Risiko der Radikalisierung erhöhen, wie Kriminalität, gestörte Familienverhältnisse oder relevante traumatische Erfahrungen.

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auch dem Kontext der Radikalisierung, wie zum Beispiel dem Ort (online wie offline) gewidmet.

Der Datensatz erfasst insgesamt 891 Akteure, die zwischen den Jahren 2000 und 2022 im islamistischen und rechtsextremistischen Spektrum aktiv waren. Im MOTRA Monitor 2021 hatten wir uns ausschließlich auf die Täter*innen von tödlicher Gewalt konzentriert (Grande et al., 2022a). In der Zwischenzeit haben wir unseren Datensatz erweitert, indem wir eine größere Stichprobe der rechtsextremistischen Profile aufgenommen haben. Nun richten wir unseren Fokus auf diese erweiterte Datengrundlage. In öffentlich zugänglichen Quellen haben wir 702 islamistische und 189 rechtsextreme Akteure identifiziert und die Profile kodiert.⁶ Darunter fallen Täter*innen von tödlicher Gewalt, Personen, die Selbstmordanschläge in Syrien oder im Irak verübt haben, sowie sogenannte *Foreign Fighters*,⁷ die in Konfliktregionen an tödlichen Kampfhandlungen beteiligt waren. Außerdem sind andere gewalttätige und nichtgewalttätige Akteure enthalten. Nichtgewalttätige Akteure umfassen Personen, die in die Planung einer bestimmten terroristischen Tat involviert waren oder wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation angeklagt wurden, sowie Personen, die in Propaganda- und Finanzierungsaktivitäten verwickelt waren.⁸

⁶ Die Datengrundlage für die islamistischen Akteure bildet der *Jihadi Radicalization in Europe Database*, die Akteure erfasst, die zwischen 2000 und 2016 aktiv waren. Im Rahmen des MOTRA-Projekts wurde diese Datenbank erweitert, um weitere Akteure einzuschließen, die zwischen 2016 und 2022 aktiv waren. Für die Identifizierung der rechtsextremistischen Akteure wurde das *Right-Wing Terrorism and Violence (RTV) Dataset* verwendet (siehe Ravndal, 2016). Der RTV-Datensatz umfasst 237 rechtsextremistische Ereignisse (2000-2020) mit Beteiligung von circa 933 Personen (mehrfache Nennungen möglich). Bisher haben wir 213 Ereignisse (circa 822 Personen) recherchiert und konnten aus diesem Personenpool 135 Personen identifizieren und in unsere Datenbank aufnehmen. Die verbleibenden 54 Personen in unserem Datensatz wurden durch weitere Recherchen in den Medien zu rechtsextremistischen Netzwerken in Deutschland ermittelt und ebenfalls in unsere Datenbank aufgenommen.

⁷ Wir haben bisher nur jihadistische *Foreign Fighters* erhoben. Rechtsextremistische *Foreign Fighters*, die zum Beispiel in der Ukraine kämpfen, wurden nicht erhoben.

⁸ Die Datenerhebung und die Ergebnisse unserer Analyse sind insbesondere bei den rechtsextremen Akteuren eingeschränkt. Von den rund 930 im RTV-Datensatz genannten Personen konnten wir bisher nur 135 Personen identifizieren. Für 84 Prozent der rechtsextremen Fälle fehlten zudem Informationen zur Variable „Einstieg in die Radikalisierung“ und für 47 Prozent der Fälle zum weiteren Verlauf. Im Vergleich dazu konnten für die islamistischen Täter*innen mehr Daten erhoben werden, mit fehlenden Informationen für 58 Prozent beziehungsweise zwei Prozent der Fälle bei den gleichen Variablen. Diese Diskrepanz zeigt sich auch bei den Bildungsabschlüssen, wo wir zu 55 Prozent der islamistischen und 65 Prozent der rechtsextremen Akteure keine Informationen finden konnten. Diese Ungleichgewichte spiegeln das Problem der medialen Verzerrung im Vergleich der beiden Phänomenbereiche wider, welches wir bereits im MOTRA-Monitor 2021 diskutiert haben (Grande et al., 2022a).

Im Folgenden gehen wir zunächst der Frage nach, welcher Zusammenhang zwischen Bildung und der Radikalisierung extremistischer Akteure besteht. Nach den Anschlägen vom 11. September wurde weitgehend angenommen, dass Radikalisierung eng mit sozioökonomischer Marginalisierung verbunden sei (siehe zum Beispiel Kahn & Weiner, 2002). Allerdings konnten wissenschaftliche Studien diese Annahme größtenteils widerlegen (siehe unter anderem Krueger & Malečková, 2003). Im europäischen Kontext gewinnt jedoch die sozioökonomische Erklärung von Radikalisierung wieder an Bedeutung, insbesondere im Zusammenhang mit der Debatte um *Foreign Fighters* (für eine Diskussion siehe auch Kanol, 2023). Häufig werden hierbei nur deskriptive Befunde präsentiert, ohne einen Vergleich mit der relevanten Referenzgruppe, nämlich jungen muslimischen Männern, die unter den islamistischen Gewalttäter*innen überproportional vertreten sind, vorzunehmen. Ohne eine entsprechende Vergleichsgruppe lässt sich unseres Erachtens allerdings nicht feststellen, ob der beobachtete hohe Anteil an Bildungsdefiziten lediglich den Tendenzen in der jungen männlichen muslimischen Bevölkerung entspricht, oder ob die erfassten Gewalttäter tatsächlich überdurchschnittlich bildungsfern sind (Grande et al., 2022a).

Tabelle 1

Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikation von Täter*innen tödlicher Gewalt im Vergleich zum Bundesdurchschnitt

	Islamistische Akteure	Rechts-extremistische Akteure	Bevölkerung ohne MHG	Bevölkerung mit MHG	MHG: Herkunft Türkei	MHG: Herkunft Mittel-Osten
Kein Bildungsabschluss	52 (16 %)	11 (15 %)	2 %	12 %	26 %	22 %
Haupt-/ Realschulabschluss	140 (44 %)	53 (74 %)	65 %	57 %	62 %	32 %
Abitur	124 (39 %)	8 (11 %)	35 %	31 %	13 %	47 %
Keine berufliche Qualifikation	222 (70 %)	24 (32 %)	12 %	40 %	64 %	55 %
Berufliche Qualifikation	94 (30 %)	48 (67 %)	88 %	60 %	36 %	45 %

Anmerkung: Bevölkerungsdaten aus Noll & Weick, 2011; MHG = Migrationshintergrund.

Im ersten Analyseschritt betrachten wir die Bildungsabschlüsse und beruflichen Qualifikationen von extremistischen Akteuren und vergleichen diese Werte mit denen der allgemeinen Bevölkerung und der muslimischen Bevölkerung in Deutschland. Tabelle 1 zeigt den höchsten Bildungsabschluss und die berufliche Qualifikation der Täter*innen. Hier ist deutlich zu erkennen, dass islamistische Akteure nicht unterdurchschnittlich gebildet sind, sondern sie laut unseren Daten sogar besser als die allgemeine Bevölkerung mit Migrationshintergrund oder die Bevölkerung mit türkischem Migrationshintergrund abschneiden: In der Tat haben rund 40 Prozent der islamistischen Straftäter*innen Abitur. Im Vergleich haben nur elf Prozent der rechtsextremistischen Straftäter*innen Abitur und bleiben somit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Diese Ergebnisse bestätigen größtenteils unsere Ergebnisse vom letzten Jahr, die wir im MOTRA-Monitor 2021 mit einer deutlich kleineren Stichprobe der Täter*innen tödlicher Gewalt (N = 103) präsentiert haben (Grande et al., 2022a).⁹

Unter eine „berufliche Qualifikation“ fällt ein Ausbildungsabschluss oder ein Universitätsabschluss. Bei der beruflichen Qualifikation zeichnen sich Defizite im Vergleich zu der allgemeinen Bevölkerung für beide Gruppen ab. Auch verglichen mit der Bevölkerung mit türkischem oder mittelöstlichem Migrationshintergrund sind islamistische Täter*innen leicht überdurchschnittlich ohne berufliche Qualifikation. Diese Diskrepanz zwischen überdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen und unterdurchschnittlichen beruflichen Qualifikationen kann auf das vergleichsweise junge Durchschnittsalter der islamistischen Akteure zurückgeführt werden: Dieser Wert liegt bei 26 Jahren und die meist vertretene Altersgruppe unter den Täter*innen ist jene zwischen 19 und 25 Jahren (circa 41 Prozent) und damit im wahrscheinlichsten Alter in dem Personen ihre berufliche Qualifikation abschließen (siehe auch Beitrag BF Expert*innenbefragung: Glaser, 2023 zu Radikalisierung verschiedener Altersgruppen). Das Durchschnittsalter der rechtsextremen Fälle liegt hingegen bei 31 Jahren. Darüber hinaus unterbrechen viele Akteure häufig ihre eigene Qualifizierung im Laufe ihrer Radikalisierung und bleiben somit ohne Abschluss (98 islamistische Akteure und 6 rechtsextremistische Akteure).

⁹ Im MOTRA-Monitor 2021 haben wir den höchsten Bildungsabschluss untersucht. In dieser Studie haben wir zusätzlich eine Unterscheidung nach beruflicher Qualifikation vorgenommen, weshalb sich die Ergebnisse leicht von denen in der aktuellen Studie unterscheiden können (Grande et al., 2022a).

Ein zusätzlicher Indikator des sozioökonomischen Status der Extremist*innen, den wir uns angeschaut haben, ist Arbeitslosigkeit. Im Gegensatz zu beruflichen Qualifikationen identifizierten unsere Untersuchungen keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden Phänomenbereichen. Es zeigte sich jedoch, dass islamistische Akteure im Vergleich zur Bevölkerung mit türkischem oder nahöstlichem Migrationshintergrund nicht überdurchschnittlich häufig arbeitslos waren. Eine beachtliche Anzahl von Fällen (36) zeigte, dass die Arbeitslosigkeit ein Ergebnis, nicht die Ursache der Radikalisierung war. Diese Personen hatten ihre Anstellungen aufgegeben, um sich Dawa-Aktivitäten zu widmen und an Koranverteilungen teilzunehmen. Unsere Ergebnisse entsprechen auch den Erkenntnissen über europäische *Foreign Fighters* (Kanol, 2022). Die erfassten Rechtsextremist*innen liegen mit ihrer Arbeitslosenquote über dem Bundesdurchschnitt. An dieser Stelle ist es wichtig anzumerken, dass die Rolle von Arbeitslosigkeit bei der Radikalisierung und Protestmobilisierung im generellen in der Literatur über soziale Bewegungen umstritten ist (Klandermans & Oegema, 1987; Krueger & Malečková, 2003; Beyerlein & Hipp, 2006). Einerseits kann Arbeitslosigkeit die Mobilisierung stärken, indem sie Individuen mehr Zeit zur Verfügung stellt, andererseits kann sie die Rekrutierung einschränken, da marginalisierte Personen tendenziell weniger politisch engagiert und mobilisierbar sind.

Im nächsten Analyseschritt betrachten wir den Kontext in dem individuelle Radikalisierungsprozesse eingebettet sind. Wie im MOTRA-Monitor 2021 wurden zwei verschiedene Variablen verwendet: Die Variable „Einstieg in die Radikalisierung“ dokumentiert den Kontext, in dem die Person zum ersten Mal mit extremistischer Ideologie in Kontakt kam (Grande et al., 2022a). In vielen Fällen waren diese Informationen in den Quellen verfügbar. In einigen Fällen wurden sie aus den Biografien der Personen abgeleitet. Da das Ziel darin bestand, den ersten Schritt in die Radikalisierung zu isolieren, konnte diese Variable nur einen einzigen Wert haben. Die zweite Variable „Radikalisierungsverlauf“ dokumentierte hingegen Kontexte und Orte, an denen die Radikalisierung *weiter fortschritt*. So konnte eine Person, nachdem sie von Freund*innen in ein radikales Milieu eingeführt worden war, beispielsweise noch weiter online radikalisiert werden. Tatsächlich fand der Radikalisierungsprozess vieler Personen in mehreren Umgebungen statt, während sie sich nach und nach stärker mit dem Thema beschäftigten. Daher kann diese Variable mehrere Werte annehmen.

Die vorliegenden Befunde basieren auf einer deutlich größeren Fallzahl als unsere vorherigen Analysen über die Täter*innen von tödlicher Gewalt und bestätigen unsere bisherigen Erkenntnisse: Die Radikalisierung in beiden Phänomenbereichen beginnt hauptsächlich im Kreis von Freund*innen und Familie. Bei nahezu 40 Prozent der islamistischen (109 Fälle) und circa 80 Prozent der rechtsextremistischen Akteure (24 Fälle) erfolgte der Einstieg in die Radikalisierung im familiären Umfeld oder innerhalb des Freundeskreises. Familiäre Bezugspersonen und Freund*innen spielen auch im weiteren Verlauf der Radikalisierung eine bedeutsame Rolle (etwa 37 Prozent der islamistischen und 16 Prozent der rechtsextremistischen Akteure).

Interessanterweise nimmt auch die Rolle von Vereinen und Organisationen im weiteren Verlauf der Radikalisierung eine zentrale Stellung ein. In beiden Phänomenbereichen hatte ein hoher Anteil der Akteure Verbindungen zu einer oder mehreren Organisationen. So fand die Radikalisierung von über einem Drittel der islamistischen und 24 Prozent der rechtsextremistischen Fälle im Umfeld radikaler Vereine, Organisationen oder ähnlicher Strukturen statt. Somit war dieser Kontext im Phänomenbereich Islamismus der am häufigsten vorkommende und im Rechtsextremismus der zweithäufigste Kontext der weiteren Radikalisierung.¹⁰ Die auffälligste Organisation im Bereich des Islamismus war *Die Wahre Religion*, zu der 57 Akteure Kontakte pflegten. 33 Akteure waren ebenfalls mit der al Quds Moschee in Hamburg (später umbenannt in Taiba Moschee) verbunden. Im Bereich des Rechtsextremismus fand die Radikalisierung vieler Akteure im Umfeld der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der NPD, statt (35 Fälle). Bei weiteren 17 Fällen wurde von Kontakten zu *Aryan Circle Germany* berichtet.

Die bedeutende Rolle interpersoneller und organisationaler Netzwerke lässt sich auch mittels einer sozialen Netzwerkanalyse bestätigen. Hierzu untersuchten wir, ob und wie viele Extremist*innen Verbindungen zu anderen extremistischen Akteuren aufwiesen. Hierbei stach besonders die Dichte der sozialen Netzwerke hervor, die das sogenannte „Einsame Wölfe“-Narrativ widerlegt. Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass

¹⁰ Es ist allerdings möglich, dass die Online-Aktivitäten von extremistischen Akteuren in den Daten etwas unterrepräsentiert sind. Für einige Journalist*innen könnten zwischenmenschliche Kontakte und organisatorische Verbindungen einfacher zu erkennen und zu dokumentieren sein als Online-Aktivitäten.

die Mehrheit der Akteure stark miteinander vernetzt war. Lediglich 151 Fälle im Bereich des Islamismus (22 Prozent) und 36 Fälle im Bereich des Rechtsextremismus (19 Prozent) waren laut unseren Daten ohne jegliche interpersonalen Kontakte. Einige dieser Akteure waren jedoch aktiv in spezifischen Vereinen engagiert, frequentierten bekannte Szene-Treffpunkte oder nahmen an extremistischen Seminaren teil. Dies lässt darauf schließen, dass sie Teil spezifischer Mobilisierungsstrukturen waren, welche eine wichtige Rolle bei der Radikalisierung und Rekrutierung von potenziellen Protestakteuren spielen können (siehe zum Beispiel McAdam et al., 1996). Wenn wir diese Mobilisierungsstrukturen in unsere Analyse einbeziehen und berücksichtigen, reduziert sich die Anzahl der „isolierten“ islamistischen Akteure auf 131 Fälle (19 Prozent) und die Anzahl der „isolierten“ rechtsextremen Akteure auf etwa 26 Fälle (14 Prozent).

Zusammengefasst zeigen unsere Profilanalysen basierend auf einer umfassenden vergleichenden Analyse von originären biografischen, demografischen und Netzwerkdaten von 891 islamistischen und rechtsextremen Täter*innen, dass zwischenmenschliche und organisatorische Netzwerke eine entscheidende Rolle bei der Radikalisierung von Extremist*innen in Deutschland spielen. Unsere Analyse ergab nur begrenzte Hinweise auf das häufig als Phänomen des „Einsamen Wolfs“ bezeichnete Täter*innenprofil ohne dichte Netzwerke. Darüber hinaus deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass im Vergleich zur relevanten Vergleichsgruppe islamistische Extremist*innen im Durchschnitt nicht niedriger gebildet sind. Dies steht im Gegensatz zu den Befunden bei rechtsextremen Extremist*innen.

Literatur

- Baukloh, A. C. (2021). „Nie Wieder Faschismus!“ Antinationalsozialistische Proteste in der Bundesrepublik der 50er Jahre im Spiegel ausgewählter Tageszeitungen. In D. Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, (S. 71–102). Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Beyerlein, K., Hipp, J. R. (2006). A Two-Stage Model for a Two-Stage Process: How Biographical Availability Matters for Social Movement Mobilization. *Mobilization* 11 (3), 219–40.
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J., Kleinschnittger, J., Wetzels, P. (2023). Extremismusaffine Einstellungen in Deutschland: Entwicklungen seit 2021 – Befunde aus den repräsentativen Befragungen der UHH. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022*. Wiesbaden: MOTRA, DOI: https://doi.org/10.53168/ISBN.978-3-9818469-6-6_2023_MOTRA
- Douglas, K. M. (2021). COVID-19 conspiracy theories. *Group Processes & Intergroup Relations*, 24 (2), 270–275.
- Earl, J., Martin, A., McCarthy, J. D. & Soule, S. A. (2004). The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action, *Annual Review of Sociology*, 30 (1), 65–80.
- Grande, E., Hutter, S., Koopmans, R., Hunger, S., Kanol, E., Saldivia Gonzatti, D. & Völker, T. (2021). Politischer Protest und Radikalisierung. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2020*. Wiesbaden: MOTRA, DOI: [10.53168/isbn.978-3-9818469-9-7_2021_MOTRA](https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-9-7_2021_MOTRA).
- Grande, E., Hunger, S., Hutter, S., Kanol, E., Koopmans, R., Saldivia Gonzatti, D. & Völker, T. (2022a). Politischer Protest und Radikalisierung. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*. Wiesbaden: MOTRA, DOI: [10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA](https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA).
- Grande, E., Hunger, S., Hutter, S., Kanol, E. & Saldivia Gonzatti, D. (2022b). Der harte Kern der Proteste. Viele der mit den Corona-Maßnahmen Unzufriedenen tolerieren Radikalität und Gewalt. *WZB-Mitteilungen Nr. 176*, S. 21–23. Abgerufen von: <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2022/f-24807.pdf>
- Haunss, S., Sommer, M. (Hrsg.) (2020). *Fridays for Future-Die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung*. transcript Verlag.
- Höltmann, G., Hutter, S. & Rössler-Prokhorenko, C. (2022). Solidarität und Protest in der Zeitenwende. Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg. *WZB Discussion Paper ZZ 2022-601*. Abgerufen von: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2022/zz22-601.pdf>
- Glaser, M. (2023) „Weil das jetzt wirklich in den Mainstream reingeht“ Aktuelle Radikalisierungsdynamiken aus Sicht der Praxis – Ergebnisse der regionalen Expert*innenbefragung 2022/2023. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022*. Wiesbaden: MOTRA, DOI: https://doi.org/10.53168/ISBN.978-3-9818469-6-6_2023_MOTRA
- Hutter, S., Vliegthart, R. (2018). Who responds to protest? Protest politics and party responsiveness in Western Europe. *Party Politics*, 24(4), 358–369.
- Hunger, S., Hutter, S. & Kanol, E. (2023). The mobilisation potential of anti-containment protests in Germany. *West European Politics*, 46 (4), 812–840.
- Kanol, E. (2022). Contexts of Radicalization of Jihadi Foreign Fighters from Europe. *Perspectives on Terrorism*, 16 (3), 45–62.
- Kanol, E. (2023). The Role of Socioeconomic Marginalization in the Radicalization of Jihadi Foreign Fighters from Europe. *Studies in Conflict and Terrorism*. <https://doi.org/10.1080/1057610X.2022.2153504>.
- Klandermans, B., Oegema, D. (1987). Potentials, Networks, Motivations, and Barriers: Steps Towards Participation in Social Movements. *American Sociological Review*, 52 (4), 519–31.

- Koopmans, R. (2001). Alter Rechtsextremismus und neue Fremdenfeindlichkeit: Mobilisierung am rechten Rand im Wandel. In D. Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen* (S.103-43). Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Kahn, J., Weiner, T. (2002) "World Leaders Rethinking Strategy on Aid to Poor," *The New York Times*. New York, March 18.
- Krueger, A. B., Malečková, J. (2003). Education, Poverty and Terrorism: Is There a Causal Connection? *Journal of Economic Perspectives*, 17 (4), 119-44.
- McAdam, D., McCarthy, J. D. & Mayer, N. Z. (1996). Introduction: Opportunities, Mobilizing Structures and Framing Processes – toward a Synthetic, Comparative Perspective on Social Movements. In D. Mc Adam, J. D. McCarthy & N. Z. Mayer (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements*, (S. 1-20). Cambridge: Cambridge University Press.
- Nera, K., Wagner-Egger, P., Bertin, P., Douglas, K. M. & Klein, O. (2021). A power-challenging theory of society, or a conservative mindset? Upward and downward conspiracy theories as ideologically distinct beliefs. *European Journal of Social Psychology*. 51 (4-5), 740-757.
- Noll, H.-H., Weick, S. (2011). Zuwanderer mit türkischem Migrationshintergrund schlechter integriert: Indikatoren und Analysen zur Integration von Migranten in Deutschland. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 46 (46), 1-6. <https://doi.org/10.15464/isi.46.2011.1-6>
- Oliver, J. E., Wood, T. J. (2014). Conspiracy Theories and the Paranoid Style(s) of Mass Opinion. *American Journal of Political Science*, 58(4), 952-966.
- Ortiz, D., Myers, D., Walls, E. & Diaz, M.-E. (2005). Where do we stand with newspaper data? *Mobilization. An International Quarterly*, 10 (3), 397-419.
- Ravndal, J. (2016) Right-wing terrorism and violence in Western Europe: Introducing the RTV dataset, *Perspectives on Terrorism*, 10 (3), 2-15.
- Roose, J. (2021). *They are everywhere. A Representative Survey on Conspiracy Theories*. Berlin: Konrad Adenauer Stiftung.
- Rucht, D., Hocke, P. & Ohlemacher, T. (1992). Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat), Codebuch.
- Rucht, D. (1998). The Structure and Culture of Collective Protest in Germany since 1950. In D.Meyer, S. Tarrow (Hrsg.), *The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century* (S. 29-58). Lamham: Rowman & Littlefield Publishers
- Rucht, D., Neidhardt, F. (2001). Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994): Ereignisse, Themen, Akteure. In D. Rucht (Hrsg.), *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen* (S.27-70). Frankfurt a. M: Campus Verlag
- Saldivia Gonzatti, D., Hunger, S. & Hutter, S. (2023). Analysebericht zur Studie 'Environmental Protest Effects on Public Opinion: Experimental Evidence from Germany'. <https://doi.org/10.31219/osf.io/5mb3u>
- Schulze, H., Greipl, S., Hohner, J., Rieger, D. (2023). Zwischen Furcht und Feindseligkeit: Narrative Radikalisierungsangebote in Online-Gruppen. In U. Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2022*. Wiesbaden: MOTRA. DOI: https://doi.org/10.53168/ISBN.978-3-9818469-6-6_2023_MOTRA
- Schürmann, L. (2023). The Impact of Local Protests on Political Elite Communication: Evidence from Fridays for Future in Germany. *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 2023, 1-21. <https://doi.org/10.1080/17457289.2023.2189729>.
- Steinhilper, E., Jacobsen, J., Dollmann, J., Isani, M., Köhler, J., Lietz, A., Mayer, S. J. & Walter, L. (2022): Protestpotenzial in der Energiekrise. *DeZIM.insights Working Paper 7*. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). DOI: 10.31235/osf.io/9dvvf6.

Schussman, A., Soule, S. (2005). Process and Protest: Accounting for Individual Protest Participation. *Social Forces*, 84 (2), 1083–1108.

van Prooijen, J. W., Douglas, K. M. (2018). Belief in conspiracy theories: Basic principles of an emerging research domain. *European Journal of Social Psychology*, 48 (7), 897–908.